Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

9.7.1926 (No. 156)

Visual Library

№ 156 Freitag, den 9. Juli 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Über die **Wirtschaftslage Deutschlands** liegt jetzt ein sehr eingehender und klar gehaltener, das erste Halbjahr 1926 umfassender Bericht der Reichskreditgesellschaft vor, der eine Reihe bedeutsamer Tatsachen feststellt. Diesen Tatsachen und dem Bericht als ganzen dürfen wir entnehmen, daß **der Wiederaufbau** trotz mannigfacher Rückschläge im einzelnen, trotz der immer wieder fühlbar werdenden ungeheuren Schwierigkeiten, **im Gange ist und fortschreitet**, daß es freilich **noch Jahre angestrengter Arbeit und vielfacher Entbehrungen** bedürfen wird, bis wir vollständig über den Berg hinüber sind. Vor allem lasten die Reparationszahlungen sowie der Verlust unserer Auslandsanlagen und der somit entfallenden Einnahmen daraus schwer auf der deutschen Wirtschaft, und nicht weniger sind es die Folgen des Weltkriegs für alle, besonders die europäischen Länder, welche den Wiederaufbau hemmen. Aber dennoch sehen wir einen Weg, der uns ins Freie führen kann, und wir dürfen uns nicht von einer der gefährlichsten Erscheinungen unserer Zeit, dem Pessimismus um jeden Preis niederdrücken lassen.

Der deutsche Wiederaufbau basiert vor allem darauf, daß die **deutsche Produktion** möglichst rentabel gestaltet und allmählich so gesteigert werde, daß langsam die Lücken des Gesamtertrags unserer Wirtschaft ausgefüllt werden, welche aus den Reparationstributen und dem Verlust unserer Auslandsguthaben und ihrer Erträgnisse entstanden sind. Soweit sind wir nämlich bereits, um dieses Problem in Angriff nehmen zu können. Das deutsche Volk muß also bestrebt sein, aus seiner Produktion einen Gewinn zu ziehen, welcher **über den Vorkriegsgewinn** hinaus einen Ersatz für diese Ausfälle bringt. Diese Ausfälle sind freilich sehr beträchtlich, betrugen doch in der Vorkriegszeit die Einnahmen aus Auslandsguthaben, die den größten Teil der sog. unsichtbaren Einfuhr ausmachten, über eine Milliarde Mark, und außerdem sind an Reparationen gegenwärtig 1,2 Milliarden zu leisten, die später auf 2,5 Milliarden gesteigert werden sollen. Dazu kommen die Summen, die für den weiteren Ausbau unseres Produktionsapparates notwendig sind, um ihn instand zu setzen, eine Produktion von der erforderlichen Größe und Stabilität zu liefern. Es leuchtet somit ein, wie sehr sich die Dinge im Vergleich zur Vorkriegszeit verschoben haben und daß, wenn wir unsere heutige mit der Vorkriegsproduktion vergleichen, wir ziffernmäßig **nicht** einfach einen entsprechenden Wohlstand und eine entsprechende Leistungsfähigkeit herausrechnen können.

Der obenerwähnte Bericht stellt fest, daß zwar noch Produktionsrückgänge zu verzeichnen sind, daß aber die Bemühungen um **Steigerung der Leistungen** nicht ohne Erfolg geblieben sind und infolgedessen nach der jüngsten Entwicklung der Produktionsrückgang geringer als die Steigerung der Arbeitslosigkeit ist. Dieser eine Satz zeigt uns ohne weiteres, wie ernst und schwer wir das Problem des Wiederaufbaus auffassen, wie sehr wir den Tatsachen der nächsten Jahre ins Auge sehen müssen, wollen wir uns nicht schwersten Enttäuschungen aussetzen. Der Bericht stellt ferner fest, daß die durchgeführten und im Gange befindlichen Betriebszusammenfassungen weitere Erhöhungen und Leistungen pro Kopf und Stunde erwarten lassen. Man muß deshalb damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit auch bei der notwendigen Steigerung unserer Produktion in den nächsten Jahren anhalten wird, und aus dieser Erkenntnis heraus sind die großen Projekte für produktive Anlagen öffentlicher Art (hauptsächlich Ausbau der Verkehrsmittel, Strombauten, Wasserkraftanlagen, Meliorationen) im Gang, mit denen sich die Reichsregierung in den Beratungen mit den Vertretern der Länder gegenwärtig beschäftigt und die auch für Baden eine große Bedeutung haben werden. Hier soll es sich um Summen handeln, die aus öffentlichen Mitteln zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, also zum weiteren Ausbau unseres Produktionsapparats aufgewendet werden sollen.

*

In erster Linie bleibt aber das deutsche Wirtschaftsproblem **ein Absatzproblem.** Nur bei Steigerung des Absatzes kann das übervölkerte Deutschland seine Bevölkerung ernähren und hat die angestrebte Produktionssteigerung einen Sinn. Der obenerwähnte Bericht stellt fest, daß die Absatzverringerung keine Fortschritte mehr zu machen scheint, wenn es auch naturgemäß an zahlenmäßigen Anhaltspunkten darüber fehlt. Was der Inlandsabsatz anlangt, so wäre eine Steigerung der Bautätigkeit besonders wichtig, sie wird sich nur mit Unterstützung öffentlicher Mittel ermöglichen lassen und wird für das 2. Halbjahr 1926 erwartet. Am besten wäre es, wenn das Aufkommen aus der Hauszinssteuer ganz der Bautätigkeit zugeleitet und die Ausfälle aus öffentlichen Einnahmen anderweitig gedeckt werden könnten. Die Finanzierung des Wohnungsbaus aus Auslandsanleihen begegnet den an dieser Stelle bereits dargelegten Bedenken. Der Inlandabsatz leidet auch darunter, daß Verbraucher wie Händler notgedrungen ihre Vorräte vermindern mußten. Von größter Bedeutung ist natürlich die Steigerung des **Absatzes nach dem Ausland.** Hiezu wird festgestellt, daß die Steigerung der Ausfuhr in verschiedenen Artikeln nun keinerlei Zeichen eines Schleuderverkaufes mehr an sich trägt, sondern im Gegenteil von einem allmählichen Steigern der Ausfuhrpreise begleitet ist, ein Zeichen, daß sich die deutsche Ausfuhrware als Qualitätsware durchsetzt. Deutscherseits wird durch geeignete mehrjährige Handelsverträge, wie sie in jüngster Zeit mehrfach abgeschlossen wurden, ein Schutz gegen willkürliche Zollerhöhungen im Ausland angestrebt. Auch internationale Vereinbarungen von Industrie zu Industrie mit dem Ziele, den Wettbewerb im Außenhandel zu verringern und womöglich eine rationelle Produktionsteilung anzustreben, sind nun mehrfach abgeschlossen worden. Deutschland hat sich bereits jetzt vielfach als Schrittmacher in diesem Rationalisierungsprozeß der Weltwirtschaft gezeigt und arbeitet so praktisch für die so notwendige internationale wirtschaftliche Verständigung. Von größter Bedeutung bleibt gleichfalls die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft gerade bei der gegenwärtigen Armut an Kapitalreserven. Es liegt daher auf der Hand, wie sehr eine günstige Ernte, die nun durch die ungeheuren Unwetterschäden bedroht ist, die wirtschaftliche Lage erleichtern könnte.

Eingehend beschäftigt sich der Bericht mit der Entwicklung auf dem **Kapitalmarkt,** wobei die Zunahme der Spartätigkeit und das zu konstatierende Wachsen der Neigung zu langfristiger Kapitalhergabe als erfreuliche Momente gebucht werden. Als unumgänglich notwendig wird wegen der alljährlichen Ungewißheit über den Ausfall der Ernte, der Kurzfristigkeit eines großen Teils der Auslandsgelder, der in absehbarer Zeit wieder eintretenden Notwendigkeit verstärkten Rohstoffbezugs und der Schwankungen in der industriellen Produktion die Bereithaltung von **Kapitalreserven** bezeichnet, um zu große Schwankungen in der Kapitalbeschaffungsmöglichkeit und bezüglich der Zinshöhe zu vermeiden. Solche Reserven sind vorhanden insbesondere bei der Reichsbank, welche eine neuerliche Diskontermäßigung vornehmen hat können. Da die Diskontermäßigung sich auch auf die Zinssätze der Banken usw. auswirkt, müßte sie bei richtiger Geldpolitik der Banken auch eine Besserung des Beschäftigungsgrades im Gefolge haben. Erfreulicherweise haben die Banken lediglich die Sollzinsen, also die Zinsen für Kredite, herabgesetzt, während die Habenzinsen, also die Zinsen für Bankguthaben, unverändert bleiben. Somit ist eine Verringerung der so oft besprochenen Zinsspanne unverkürzt um das halbe Prozent der Reichsbankdiskontermäßigung eingetreten.

*

Im badischen Landtag sind gelegentlich einer Interpellationsdebatte von Finanzminister Dr. **Köhler** wieder bedeutsame Mitteilungen über das **Badenwerk** und seine Entwicklung gemacht worden. Der Minister sprach dabei auch über das geplante **Schluchseewerk,** das große Speicherkraftwerk im Süden unseres Landes, das bekanntlich zur Ergänzung der Rheinkraftwerke vorgesehen ist, diese Werke wegen der wechselnden Wasserstände des Oberrheins erst wirtschaftlich machen wird und die Elektrisierung der badischen Bahnen erst ermöglicht, was die Reichsbahnverwaltung kürzlich ausdrücklich erklärt hat. Baden könne, wenn es an dem **großen Sanierungswerk** der Reichsregierung zur Behebung der **Arbeitslosigkeit** teilnehmen wolle, nicht einige Meliorationen vorschlagen, sondern müsse große, umfassende Arbeiten, wie es das Schluchseewerk und die Elektrisierung der badischen Bahnen seien, in Vorschlag bringen. (Der Ausbau der Murgtalbahn von Raumünzach nach Kloster Reichenbach ist, wie der Finanzminister gestern aus Berlin mitteilen konnte, nun gesichert.)

Der Minister setzte sich mit den Anschuldigungen gegen die Leitung des Badenwerks auseinander und gab eine Übersicht dessen, was wir in diesem großen Werk besitzen: eine große Aktiengesellschaft, deren Aktien gänzlich in Händen des Landes sind zur Erzeugung, Verteilung und zum Vertrieb elektrischer Kraft mit einem gegenwärtigen Reinwert von über 40 Millionen Mark. Durch die neue Überlandleitung ist es sowohl mit der rheinischen Braunkohle wie mit den Wasserkräften der Schweiz verbunden. Es konnte im Vorjahr eine Dividende von 10 Proz. an die Staatskasse abführen und wird auch in diesem Jahr einen nicht wesentlich geringeren Gewinn verbuchen können. Man wird dem Prinzip der staatlichen Elektrizitätswirtschaft und der öffentlichen Kraftversorgung schon deshalb zustimmen müssen, weil es sich hier um einen routinemäßigen Betrieb, ähnlich dem der Eisenbahn handelt, dessen Leistungen im weitesten Sinn des Wortes der Allgemeinheit zugute kommen. Auch im Ausland, wie in England, ist man bemüht, die Elektrizitätserzeugung möglichst rationell und einheitlich zu gestalten, wozu die öffentliche Hand, zumal ein Land wie Baden, das über so große Wasserkräfte verfügt, vor allem berufen ist. **

Der Reichsrat

hat am Donnerstag dem **Luftverkehrsabkommen** zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich und Belgien zugestimmt. Die Abkommen stimmen sachlich im wesentlichen überein mit den bereits mit der Schweiz, mit Holland und Schweden abgeschlossenen Abkommen. In der Form zeigen sie einige Abweichungen.

Der Einspruch Preußens wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats anläßlich der **Flaggen-Verordnung** wurde durch die Aussprache im Ausschuß und eine vom Minister des Innern Dr. Külz abgegebene Erklärung als erledigt erklärt. Wie der Berichterstatter ausführte, hat Reichsminister Dr. Külz im Ausschuß erklärt, es liege der Reichsregierung nichts ferner, als die verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats schmälern zu wollen. Sie sei auch durchaus bereit, sich in solchen Fällen hinter den Reichsrat zu stellen. Der Reichsminister halte dafür, daß eine Zuziehung des Reichsrats geboten sei, zu allen wichtigen Beratungen über das Verhältnis des Reichs und der Länder auch bei allen wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen sei der Reichsrat vorher zu hören.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn

hielt, wie gemeldet, vom 6. bis 8. Juli eine Tagung in **Hamburg** ab. Durch die am 7. Juli erfolgte Ernennung durch die Regierung wurde die durch den Tod des Geheimrats Arnhold freigewordene 18. Stelle mit Reichskanzler a. D. Dr. **Luther** neubesetzt. Dr. Luther wurde in den Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats gewählt. Wegen der Frage der Bestätigung des neugewählten Generaldirektors wurde der Präsident des Verwaltungsrates beauftragt, weitere Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler aufzunehmen.

Die Betriebseinnahmen der Reichsbahn sind in den letzten Monaten etwas **günstiger,** erreichen jedoch immer noch nicht die Zahlen des Voranschlags. Die Finanzierung der erforderlichen Ausgaben scheint jetzt nach dem guten Erfolg der Vorzugsaktienausgabe zunächst gesichert. Die Elektrifizierung der **Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen** ist nächstens zu beginnen und durchzuführen. Die fürs erste erforderlichen Zahlungen werden aus vorhandenen Mitteln zur Verfügung gestellt. Zur Fertigstellung von unvollendeten und stilliegenden Neubaustrecken wird das Reich der Reichsbahn-Gesellschaft ein **Darlehen** von rund 50 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Der Oberbau soll im Jahre 1927 in demselben Umfange wie im Jahre 1926 erneuert werden.

Eine Linksregierung in Mecklenburg-Schwerin

Der Schweriner Landtag wählte am Donnerstag mit 25 von 49 Stimmen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul **Schröder**-Rostock zum Ministerpräsidenten. 24 Stimmen erhielt Abg. Frhr. v. Brandenstein (Deutschn.). Für Schröder stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Mieter und Kommunisten, für Brandenstein die Deutschnationalen, die Völkischen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei. Mit 24 von 30 abgegebenen Stimmen wurden sodann der Sozialdemokrat **Asch,** mit 22 von 30 Stimmen der demokratische Abgeordnete Studienrat Dr. **Möller**-Rostock zu Staatsministern gewählt. Die Deutschnationalen und die Völkischen enthielten sich der Stimmabgabe, während ein Teil der Volkspartei und der Wirtschaftspartei weiße Zettel abgab. Ministerpräsident Schröder wird das Innere, Minister Asch Finanzen und Landwirtschaft, Dr. Möller Unterricht und Justiz übernehmen.

Austritte aus der Liga der Menschenrechte. Einer Korrespondenzmeldung zufolge sind nach einer bewegten Sitzung der Liga der Menschenrechte eine Reihe Mitglieder der Liga ausgetreten, unter ihnen Senatspräsident **Freymuth,** Helmuth von **Gerlach,** Kapitän **Persius,** Stadtrat Dr. **Horten,** Oberregierungsrat **Hohenstein** und andere. Der Grund dürfte darin liegen, daß die Liga in Zukunft aktiver als in letzter Zeit auftreten will.

Mit der Beilage: 41. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das Programm der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit

Im Anschluß an das **Arbeitsbeschaffungsprogramm**, das der Reichsarbeitsminister im Auftrage des Reichkabinetts am 28. Juni 1926 dem Reichstag übermittelt hat, haben unverzüglich Beratungen der beteiligten Minister und im Reichskabinett begonnen, die bis jetzt zu folgendem Ergebnis geführt haben:

Das Reich ist bereit, der **Reichsbahngesellschaft** ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung **begonnener Bahnbauten** unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe des Jahres in Bezirken mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Aufträgen, die sie bereits hinausgegeben hat, **weitere Aufträge im Gesamtbetrage von 100 Millionen Mark** zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell behilflich ist. Über die Art dieser Hilfe sind die Verhandlungen im Gange. Diese Aufträge werden insbesondere der **Eisenindustrie** zugutekommen. Es ist anzunehmen, daß auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn seine Zustimmung zu diesen Maßnahmen erteilen wird.

Auch die **Reichspost** wird das für dieses Haushaltsjahr aufgestellte Auftragsprogramm, das auch schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die **Wasserstraßenbauten**, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben, sollen beschleunigt und verstärkt zur Durchführung kommen. Im übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserstraßenbauten in Angr ff zu nehmen, zu denen insbesondere die Reststücke des **Mittellandkanals** gehören und die Vorarbeiten für die Ausführung so zu beschleunigen, daß sie in Gang gesetzt werden können, sobald die erforderlichen Vereinbarungen mit den Ländern getroffen sind.

Auch der Bau der **Landarbeiterwohnungen** soll verstärkt betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen M. in diesem Jahre neu in den Haushaltsplan eingesetzt.

Ferner sollen die Mittel der **produktiven Erwerbslosenfürsorge** eine wesentliche Verstärkung über das im Haushalt vorgesehene Maß hinaus erfahren.

Eine Belebung der **Bautätigkeit** soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichskredit für erste Hypotheken und durch Verstärkung der Mittel für die Hauszinssteuerhypotheken erreicht werden.

Die bis jetzt gefaßten Beschlüsse werden die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigen, aber merklich mildern. Auf jeden Fall ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mit ihnen noch nicht erschöpft. Zu seiner weiteren Durchführung ist die vom Reichsarbeitsminister in seiner Reichstagsrede angekündigte **Ministerialkomission** eingesetzt und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet worden. Sie wird in enger Fühlung mit den **Regierungen der Länder** vorgehen.

Die Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der Länder

Am Donnerstag traten die Finanzminister bzw. Vertreter der Länder im Reichsfinanzministerium zu **Berlin** zu einer Besprechung über **Erwerbslosenfragen und Eisenbahnbauten** zusammen. Der Reichsfinanzminister legte die Hauptzüge des vom Reichskabinett beschlossenen Programms dar. Er legte besonderen Nachdruck auf die **wirtschaftliche** Verwendung der bereitzustellenden Mittel und eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den besonders von Erwerbslosigkeit heimgesuchten Gebieten. An der anschließenden allgemeinen Diskussion nahmen fast alle Ländervertreter teil.

Im Anschluß hieran wurde vom Reichsfinanzminister der Plan dargelegt, daß die noch **nicht vollendeten und stilliegenden Bahnbauten**, soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, sofort zu Ende zu führen, und der Reichsbahngesellschaft die dazu nötigen Mittel auf dem Darlehenswege zur Verfügung zu stellen sind. — Nachdem die Finanzminister nach Annahme einiger Änderungsvorschläge das Bahnbauprogramm gutgeheißen haben, ist mit einer bald bevorstehenden **Aufnahme der Bahnbauten** zu rechnen, wodurch eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet wird.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichstagspräsidenten **Loebe** seine herzlichsten Glückwünsche anläßlich der Feier seiner silbernen Hochzeit ausgesprochen.

Die französischen Finanzdebatten

Der französische Finanzminister **Caillaux** hat nunmehr seine Finanzpläne fertiggestellt. Die Entwürfe sind sehr kurz und enthalten nur eine kleine Anzahl von Artikeln. Sobald die Regierung von der Kammer das Vertrauen erhalten hat, will Caillaux die schleunige Beratung seiner Finanzpläne von der Kammer fordern. Inzwischen gehen die Finanzdebatten in der Kammer weiter. Die sozialistischen Abgeordneten haben eine Tagesordnung eingebracht, für die sie die Priorität zum Schlusse der Interpellationen verlangen. Die Tagesordnung wendet sich gegen die Auslandskredite und spricht sich dafür aus, die finanzielle Lage durch ein **Notopfer** vermittels einer **obligatorischen Vermögensabgabe** wieder herzustellen. Die Kammer steht nun vor der Alternative, entweder den Plan Caillaux, der dem der Sachverständigen folgt, anzunehmen oder dem sozialistischen Programm zu folgen. Großen Widerstand findet das Washingtoner Schuldenabkommen, es ist jedoch mit dem Plan Caillaux untrennbar verbunden, denn ohne Ratifikation gibt es keine auswärtigen Kredite. Der Frankensturz zeigt dazu, wie dringend notwendig die Finanzreform in Frankreich ist.

Im bayerischen Landtag fand ein deutschnationaler Antrag einstimmig Annahme, der die bayerische Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung einleitende Schritte zur **Überprüfung des Dawesgutachtens** zu unternehmen. Nach kurzer Aussprache lehnte das Haus mit allen Stimmen gegen die der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten die nationalsozialistischen Anträge auf **Auflösung** des bayerischen Landtages ab. — In den Wandelgängen des Landtages versetzte der sozialdemokratische Abg. Gerhart **Bauer** dem nationalsozialistischen Abg. **Streicher** mehrere Ohrfeigen. Bauer fühlte sich durch Angriffe in einem Artikel des „Türmer" beleidigt.

Deutsche Firmen sollen falsches Geld drucken. Den Berliner Blättern zufolge sind in der letzten Zeit aus verschiedenen Teilen der Welt, so aus Amerika, Indien und Australien bei deutschen Druck- und Kunstverlagen Aufforderungen eingelaufen, falsche Banknoten des jeweiligen Landes herzustellen. Die Firmen übergaben die Briefe der Falschgeldabteilung der Reichsbank, die die englischen Behörden in Kenntnis setzte. Die englische Botschaft hat den deutschen Firmen Dank und Anerkennung für die sofortige Anzeige ausgesprochen und jeder Firma 50 Pfund Sterling überweisen lassen.

Kurze Nachrichten

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag, den **7. Juli**, berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 30. Juni um 1,8 Proz. auf 128,6 **gestiegen**. Bei weiter anziehenden Getreidepreisen erhöhte sich die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 1,9 auf 131,0, während die Industriestoffe nur leicht auf 124,1 anzogen.

Zur Ermordung des Abg. Gareis. Der frühere Leutnant **Schweickhardt**, der beschuldigt ist, im Frühjahr 1921 das Dienstmädchen Sandmeier im Forstenrieder Park bei **München** ermordet und im Sommer des nämlichen Jahres den unabhängigen sozialistischen Landtagsabgeordneten **Gareis**, dessen Kenntnis von der Tat er fürchtete, **erschossen** zu haben, ist vor 14 Tagen verhaftet worden. Gegen Schweickhardt ist die Voruntersuchung bereits im Gang.

Ludendorffs Ehe geschieden. Die Ehe des Generals **Ludendorff** wurde durch die 1. Zivilkammer des Landgerichts München I geschieden. Der Kläger und Widerbeklagte wurde für den schuldigen Teil erklärt. Die Klage hatte ursprünglich Ludendorff gestellt. Frau Ludendorff stellte Widerklage, worauf der General seine Klage zurückzog.

Bessere Zuganschlüsse für die Pfalz. Auf einen Wunsch des ersten Bürgermeisters in **Neustadt** ist der Reichskommissar für das besetzte Gebiet bei der Reichsbahn dahin vorstellig geworden, daß die Pfalz bessere Zuganschlüsse an das rechtsrheinische Deutschland erhält. Es ist zu hoffen, daß dieser Wunsch recht bald in Erfüllung geht.

Neue Kursstürze von Franken und Lire. Am Londoner Devisenmarkt kam es am Donnerstag infolge starker Amsterdamer Verkäufe kurz vor Börsenschluß zu **sensationellen Kursstürzen.** Der französische Franken schloß mit 190 3/8, der belgische mit 203¾ und die italienische Lire mit 146 5/8. Für heute wird ein weiterer Zusammenbruch der genannten Devisen in der City erwartet.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtages beriet in seiner Vormittagssitzung am Donnerstag den Gesetzentwurf über die **Grunderwerbssteuer und die Zuwachssteuer.** Durch den Gesetzentwurf sollen die Gemeinden verpflichtet werden, die Wertzuwachssteuer erheben zu müssen, wenn der Veräußerer das Eigentum an dem Grundstück in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 erworben hat.

Der Berichterstatter Abg. **Eggler** (Zentr.) stellte fest, daß bisher nur in vier badischen Städten eine Wertzuwachssteuer erhoben werde. Eine Mustersteuerordnung solle auf dem Verordnungswege festgesetzt werden. Der Berichterstatter wünscht, daß diese Mustersteuerordnung der Zustimmung des Landtages unterworfen wird. Ein **Zentrumsredner** betont die Schwierigkeiten der Festsetzung des Wertzuwachses und fragt, warum man gerade immer den Wertzuwachs beim Hausverkauf treffen wolle. Er rate zur Vorsicht bezüglich der Grundstücksverkäufe. Die Redner der **Deutschen Volkspartei**, der **Sozialdemokraten** und der **Demokraten** halten den Gedanken der Steuer für richtig, während der Vertreter der Hausbesitzer ihn grundsätzlich ablehnt.

Der **Regierungsvertreter** erklärt, daß bei dem Entwurf der Mustersteuerordnung der Kaufwert während der Inflationszeit auf Grund der Tabelle für das Aufwertungsgesetz gelten solle. Der Steuerfuß für den Wertzuwachs sei abgestuft nach der Länge des Besitzes. Bei 6monatigem Besitz sollen 50 Proz. weggesteuert werden, bei 1—2 Jahren 30 Proz., bei 2—3 Jahren 25 Proz., bei 3—4 Jahren 20 und bei 4—5 Jahren 15 Proz. Ein Zentrumsredner ist mit der Aufwertungstabelle nicht zufrieden. Über die Gesetzesvorlage wird vorläufig nicht abgestimmt, da zunächst die Fraktionen darüber beraten sollen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des **Staatsvoranschlages** beim Titel **„Finanzministerium, Wasser- und Straßenbau"**.

Berichterstatter **Gündert** (D. Vpt.) berichtet über die Denkschrift des **Vermessungswesens**, die allgemein günstig aufgenommen werde. Ein **Zentrumsredner** wünscht, daß man im kommenden Winter in schematischen Darstellungen das Vermessungswesen von der Gradmessung über die Triangulierung bis herunter zur Einzelvermessung darstelle. Der **Regierungsvertreter** stellte eine Erfüllung dieser Anregung in Aussicht.

Nach längeerr Aussprache einigte man sich schließlich dahin, an den früher aufgestellten Grundsätzen nicht zu rütteln. Nachdem ein Zentrumsredner noch betonte, daß die Vermessungsarbeiten nicht verzögert werden dürften, da eine Verzögerung oft mit erheblichen wirtschaftlichen Schäden verbunden sei, wurde die Denkschrift unbeanstandet zur Kenntnis genommen.

Der Haushaltsausschuß behandelte weiter Gesuche **wegen Erbauung zweier Neckarbrücken** bei **Diedesheim-Obrigheim** und **Wimpfen-Jagstfeld**. Beide Eingaben sollen zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit den Anforderungen für die **Unterhaltung der Landstraßen**. Hierfür sind im ordentlichen Etat 3,4 Millionen Mark, im außerordentlichen Etat 10,2 Millionen, zusammen also rund 13,6 Millionen vorgesehen, das sind 1,2 Millionen weniger als die in der letztjährigen Denkschrift für diese Budgetperiode veranschlagte Summe. Auch in diesem Abstrich kommt die gespannte Finanzlage des Landes zum Ausdruck.

Man unterhielt sich besonders über das **Material** zur Straßenverbesserung, wobei ein **Regierungsvertreter** mitteilte, daß Versuche gemacht würden mit Innenteerung, mit verfeinerter Oberflächenteerung und mit Walzasphalt. Da die Oberflächenteerung viel Erfolg verspreche, habe man den dreifachen Betrag als ursprünglich vorgesehen, ausgeworfen, nämlich 766 000 M. Dieses Jahr werden 420 Kilometer Landstraße neu eingewalzt.

Im Ausschuß wurde weiter die Reform der **Straßenpolizeiordnung** gestreift.

Der Erstellung einer **Autostraße von Mannheim nach Heidelberg** steht die Regierung nicht ungünstig gegenüber.

Einem Wunsche der **Natursteinindustrie** um baldige Zuweisung von staatlichen Aufträgen wird insofern entsprochen, als nach Bewilligung der Mittel die Baudirektion unverzüglich die Lieferungen ausschreiben wird. Es ergibt sich für das nächste Jahr ein Bedarf von 38 000 Tonnen Plastersteinen.

Ein **Regierungsvertreter** berichtete über den gewaltigen Fortschritt der **Landeskulturarbeiten**. Obwohl nur noch 400 000 M. verfügbar seien, würden augenblicklich wieder ein Bedarf an Staatsunterstützungen in Höhe von 1,8 Millionen

---

Grashof-Gedenkfeier

Die Technische Hochschule „Fridericiana" in Karlsruhe veranstaltete Donnerstag abend in der Aula eine würdige Feier zum Gedächtnis des großen Maschineningenieurs Franz **Grashof**, der vor 100 Jahren in Düsseldorf geboren wurde und von 1863 bis 1893 dem Lehrkörper der Technischen Hochschule angehörte. Um ¼6 Uhr erschien das gesamte Professorenkollegium im Ornat in dem festlich beleuchteten Saale, der bereits von zahlreichen Gästen und Hörern, vornehmlich aus dem Ingenieur- und Maschinenbaufach, besetzt war.

Rektor Prof. Dr. **Rehbock** begrüßte in herzlichen Worten das Auditorium, besonders den Vertreter der Unterrichtsverwaltung und Referenten für das Hochschulwesen, Geheimrat **Schwoerer**, den Vertreter der Stadt Karlsruhe, Baudirekt r **Eglinger**, und die Herren vom Verein deutscher Ingenieure. Er teilte mit, daß die Fridericiana am kommenden Sonntag bei der vom eben genannten Verein veranstalteten Grashoffeier in Düsseldorf gleichfalls vertreten sein werde.

Darauf nahm Prof. Dr. **Blank** das Wort zur **Festrede**. Er gab ein klar umrissenes Bild des Werdeganges und Schaffens von Franz Grashof, den er mit zu den Männern zählt, die den Weltruf der Karlsruher Technischen Hochschule begründet haben. Er sei zum Schrittmacher des Technikerberufes geworden. Schon als 28jähriger nahm Grashof in Berlin seine Lehrtätigkeit auf, 1856 sehen wir ihn als Begründer des Vereins der deutschen Ingenieure, in dem er 30 Jahre an leitender Stelle wirkte. Der Verein brachte seinen Dank und seine Verehrung durch Stiftung der Grashofdenkmünze und Errichtung eines Denkmals in Karlsruhe zum Ausdruck. Als 1863 Redtenbacher starb, wurde auf dessen Lehrstuhl Grashof berufen. 30 Jahre lang hat er der Hochschule treu gedient und eine fruchtbare wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet, die ihren Niederschlag in zahlreichen Aufsätzen in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure und ferner in hervorragenden Buchwerken, so vor allem in den 3 Bänden theoretischer Maschinenlehre fand, die in den Jahren 1875—90 herauskamen. Leider sollte er den 4. Band nicht mehr zur Vollendung bringen, da ihn eine tückische Krankheit erfaßte, von der ihn am 26. Oktober 1893 der Tod erlöste. Der Redner knüpfte an das Lebensbild eine eingehende Würdigung der Bedeutung Grashofs als akademischer Lehrer, Forscher und Mensch; er hob, wie auch schon der Rektor in seiner Begrüßungsansprache es tat, hervor, daß Grashof neben dem Staatsmann Nebenius ein eifriger Vorkämpfer der freien Hochschulverfassung und Gleichstellung der Technischen Hochschulen mit den Universitäten war. Prof. Dr. Blank schloß, daß die Fridericiana mit Stolz auf Grashof blicke und sein Andenken immerdar in Ehren halten werde.

Für den Verein deutscher Ingenieure sprach dessen Direktor Prof. Dr. **Matschoß**-Berlin, der das Gelöbnis erneuerte, den Verein im Sinne des großen Vorbildes weiterzuführen.

Der Festakt wurde durch Vorträge des Akademischen Orchesters umrahmt. — Aus Anlaß des am 11. Juli wiederkehrenden Geburtstages haben die Technische Hochschule, die Stadt Karlsruhe und der Verein deutscher Ingenieure am Denkmal Grashofs in der Kriegsstraße Kränze niedergelegt.

Verbilligter Besuch des Landestheaters

Die Neuordnung der Einrichtungen zum **verbilligten Besuch des Landestheaters** hat vor allem den Zweck, dem Institut wieder den Stamm von **Jahresplatzmietern** zuzuführen, wie er früher vor der unfreiwilligen, vorübergehenden Aufhebung der Platzmiete als des festen und an keinem Theater entbehrlichen Rückgrats der Einnahmen bestand. Bei der Festsetzung der Preise für die Jahresplatzmiete ist man deshalb an die äußersten Grenzen des Preisnachlasses, wie er an keinem Theater besteht, nämlich bis zu 40 Prozent auf die Tageseintrittspreise, herabgegangen. Diese ganz außerordentlich niedrige Gestaltung der Platzmietepreise erhellt auch daraus, daß ein Tagesbesucher 66⅔% mehr zu bezahlen hat, als ein Jahresplatzmieter. Wie es im abgelaufenen Jahr zur Zufriedenheit aller Platzmieter gelungen ist, wird auch künftig jede Mietabteilung — sowohl die mit feststehenden als auch die mit wechselnden Wochentagen — gleichmäßig mit je hälftig Opern- und Schauspielvorstellungen und mit einem verhältnismäßigen Anteil an den Sonntagsaufführungen bedacht werden. Überhaupt soll das Vertrauen, das die Platzmieter der Theaterverwaltung in bezug auf die Zuteilung der Werke und Tage naturgemäß einräumen müssen, gerechtfertigt werden, so daß die Gesamtheit der Platzmieter ihrer Zahl und Leistung nach mit einer gewissen Befriedigung sich als Eckpfeiler des finanziellen Fundaments des Theaters wieder fühlen können.

Verglichen mit den Jahresplatzmietern hat der Inhaber von Blockheften oder einer Platzsicherung im allgemeinen freies Verfügungsrecht bei der Wahl von Werk und Tag — Sonn- oder Werktags — ganz nach eigenem Geschmack. Allerdings muß sich, ohne daß damit der Wert dieser freien Dauerbesucher unterschätzt wird, doch von selbst aus der Ungleichheit der Rechte gegenüber den Jahresplatzmietern auch eine Verschiedenheit der Preise ergeben. Der Platzmieter hat zum Beispiel, um nur noch einen weiteren besonders augenfälligen Unterschied hervorzuheben, die Verpflichtung zur Übernahme von 30 Vorstellungen im Jahr, also monatlich 3 Vorstellungen, der Inhaber von Blockheften dagegen nur von 10 Vorstellungen innerhalb 6 Monaten, also monatlich etwas über 1 Vorstellung. Aber auch diese Gattung von Dauerbesuchern läßt die Neuordnung der Preisermäßigungen nicht leer ausgehen. Die Gültigkeitsdauer der Blockhefte ist von 4 Monaten (bisher monatlich 2 Vorstellungen) auf 6 Monate (künftig, wie erwähnt, etwas mehr als 1 Vorstellung monatlich) ausgedehnt worden. Die Platzsicherung kann künftig in einer Vorstellung in beliebiger Zahl benutzt werden. Die Unabhängigkeit der Blockhefte und Platzsicherung von den Dispositionen der Theaterverwaltung ist zudem ein Vorteil, der die finanzielle Mehrleistung begründet und rechtfertigt. Die Theaerverwaltung würde es allerdings sehr begrüßen, wenn auch diese Dauerbesucher sich wieder wie früher zu der billigen Platzmiete entschlössen, durch die die unterschiedliche Besetzung des Hauses vermieden würde, womit auch der Hebung der für die mitwirkenden Künstler notwendigen Stimmung gedient würde.

Zudem gehört eine bestimmte Mindestbeteiligung an dieser Neueinrichtung von Jahresplatzmieten mit zu den wesentlichsten Voraussetzungen, daß das Landestheater seinen Haushaltsplan durchzuführen in der Lage ist.

Badische Lichtspiele (Konzerthaus). **Wallenstein im Film.** Ein bedeutendes Stück deutscher Geschichte wird uns in dem 1. Teil dieses Filmes wieder vergegenwärtigt. Der Schwedenkönig Gustav Adolf steht mit seinen Heerscharen in Deutschland. Am kaiserlichen Hofe in Wien erkennt man die großen Fähigkeiten Wallensteins als Feldherr, aber nicht alle Parteien stehen ihm günstig gegenüber. Unter schweren Bedingungen — Wallenstein fordert mehrere Provinzen — unterzeichnet der Kaiser schließlich den Vertrag und stellt somit Wallenstein an die Spitze der Heere. Mit voller Zuversicht auf seinen guten Stern und auf seine treuen tüchtigen Generale will der kaiserliche Feldherr den Frieden herbeiführen. In einem wirkungsvollen Bild wird das Zusammentreffen der beiden großen Heerführer festgehalten, einen Frieden ohne Kampf läßt Wallensteins Ehrgeiz und Machtgier nicht zu. In der Schlacht bei Lützen bleibt der Schwedenkönig auf dem Kampffeld. In prächtigen Bildern wird der spannende Inhalt des Filmes wiedergegeben. △

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

geltend gemacht. Glücklicherweise wolle das Reich eingreifen und habe für diesen Zweck 35 Millionen bereitgestellt, wovon 2 Millionen nach Baden fließen sollen.

Der Ausbau der Murgtalbahn gesichert

Im Karlsruher Bürgerausschuß gab am Donnerstag Oberbürgermeister Dr. **Finter** Kenntnis von einem Berliner Telegramm des Finanzministers Dr. **Köhler** an den Verkehrsverband, in dem der Finanzminister mitteilt, daß die **sofortige Inangriffnahme der Fertigstellung der Murgtalbahn sichergestellt sei.** Das Telegramm lautet:

„Dem Verkehrsverband zur Nachricht, daß sofortige Inangriffnahme der Fertigstellung der Murgtalbahn durch soeben erfolgte Vereinbarung mit dem Reich sichergestellt ist."

*

DZ. **Freudenstadt**, 8. Juli. Für den Ausbau der Murgtalbahn ist ein verlorener **Zuschuß** zu den restlichen Baukosten von seiten des **Bezirks Freudenstadt** in Höhe von etwa 260 000 Mark notwendig, der von der Amtskörperschaft und privaten Interessenten aufzubringen wäre. Die gesamten Baukosten, soweit sie auf die württembergische Strecke fallen, belaufen sich auf rund 2½ Millionen RM. In wenigen Wochen wird eine außerordentliche Hauptversammlung in Freudenstadt darüber Beschluß fassen. Doch wird man schon jetzt sagen können, daß die **Finanzierung** gesichert ist, so daß in absehbarer Zeit mit dem Weiterbau wieder begonnen werden dürfte.

Studienreise des schwedischen Waldschutzvereins

In der Zeit vom 28. Juni bis 5. Juli führte eine Studienreise 62 Mitglieder des schwedischen Waldschutzvereins auch durch Baden. Leiter des Unternehmens war der ehemalige Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Admiral **Arvid Lindmann**. Unter der Reisegesellschaft befanden sich nicht nur Wald- und Sägewerksbesitzer, sondern auch eine Reihe von hervorragenden schwedischen Forstleuten. Unter der persönlichen Führung des Landesforstmeisters **Philipp** und des Forstrats **Kurz** wurden besonders interessante Reviere des nördlichen und südlichen Schwarzwaldes besucht. Die Vorführung von Lehrfilmen der badischen Forstabteilung und eingehende Aussprachen ergänzten den Augenschein. Den Ausflug auf den Feldberg machten außerdem noch Vertreter des forstwissenschaftlichen Instituts der Freiburger Universität mit. Die Teilnehmer äußerten sich höchst befriedigt über das Ergebnis ihrer Besichtigung.

Das Kindersolbad Rheinfelden in Baden

Bei Gesprächen mit Interessenten und in Presseerörterungen über diese Frage stößt man immer wieder auf die Ansicht, daß in Baden nur ein Kindrsolbad bestehe und zwar in Dürrheim. Diese Anschauung wurde sogar bei Verhandlungen der von der Jugendhilfe ernannten Kommission für das neu zu errichtende Solbad **Donaueschingen vertreten.** Da aber neben dem Dürrheimer Solbad noch ein **zweites Kindersolbad in Baden** und zwar am Oberrhein in der Stadt **Rheinfelden** besteht, dürfte dessen Entwicklung und Beschaffenheit die in Frage kommenden Kreise und Stellen interessieren, zumal sich das Solbad Rheinfelden einer stark steigenden Frequenz auch aus Mittelbaden, vor allem Karlsruhe und dem Unterland erfreut. Aus einer früheren Wirtschaft, die i. J. 1921 erworben wurde hat der Frauenverein Rheinfelden unter der weitsichtigen Leitung von Frau Architekt Steffen allmählich ein Solbad geschaffen, das heute 85 Kinder aufzunehmen in der Lage ist und dessen Vervollkommnung in jeder Hinsicht ständig fortschreitet, dank der Rührigkeit und Aufopferung der Frauenvereinspräsidentin, sowie der fachkundigen Leitung des Heims, die in den Händen von Frl. Emilie Gantert liegt. Großes Gewicht ist auf die Vervollkommnung der hygienischen Einrichtungen gelegt, sowie auf die Möglichkeit für die Kinder, sich im Freien zu bewegen, wobei sie ständig unter Aufsicht geprüfter Kindergärtnerinnen stehen. Neben einer großen Spielterasse mit schönem Blick auf den Rhein besteht eine gedeckte und geschlossene Spielhalle für Regentage und ein großer Rasensportplatz mit Springbrause und allen möglichen Spiel- und Turngeräten. Das anschließende Gartengelände geht bis an den Rhein und gemeinsame Spaziergänge führen die Pfleglinge oft in den nahen Schwarzwald. Beeinflußt durch diese die Gesundheit fördernden Begleitumstände in Verbindung mit den Solbädern wirkt der Aufenthalt im Solbad Rheinfelden auf die Kinder allgemein appetitanregend und so kommt es auch, daß alle Kinder nach dem meistens auf 6 Wochen berechneten Aufenthalt eine nennenswerte Gewichtszunahme zu verzeichnen haben. Aufnahme finden jedoch nur durch die Fürsorgeverbände zugewiesenen Pfleglinge im Alter von 8 bis 15 Jahren. Die Plätze sind von einzelnen Verbänden fest belegt. Die Entwicklung des Kinderheims, das unter der ärztlichen Leitung von Frau Dr. med. Herzog steht, zeigt sich auch deutlich in der zunehmenden Frequenz. während im Jahre 1924 insgesamt 288 Kinder, davon 104 aus der Landeshauptstadt Aufnahme fanden, wies das Jahr 1925 bereits 439 Insassen auf, davon 122 aus Karlsruhe. Es wäre zu wünschen, daß die segensreiche Einrichtung im Interesse unserer Jugend die Förderung und Unterstützung weiterer Kreise finden möchte. Dem Frauenverein Rheinfelden mit Frau Steffen als Vorsitzende (der Verein zählt nur 200 Mitglieder) gereicht es aber zur hohen Ehre, im Dienste der Volksgesundheit und für die Allgemeinheit eine solche Anstalt geschaffen zu haben. Dabei gehen die Bestrebungen auf eine weitere Verbesserung und Vergrößerung der ganzen Anstalt.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe hat in seiner Sitzung am Donnerstag, die bis in die Nacht hinein dauerte, den **städtischen Voranschlag** erledigt. Der Antrag des Stadtrates, der auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen hatte, den alten Voranschlag wiederherzustellen, also die vorgenommenen Streichungen wieder aufzuheben und die Umlage um 8 Pfennig zu erhöhen, wurde mit 57 gegen 34 Stimmen abgelehnt und dann der **Voranschlag** in seiner ursprünglichen Fassung nach dem ersten Antrag des Stadtrats angenommen. Die Umlage wurde auf 58 Pfg. festgesetzt. Um mit der Beratung fertig zu werden, war schließlich die Redezeit auf fünf Minuten verkürzt worden. Beim **Gas- und Wasserwerk**, sowie bei der **Straßenbahn** wurden u. a. auch Tarifermäßigungen angeregt, die jedoch für die nächste Zeit angesichts der Gesamtlage nicht zu erwarten sein werden. Die Frage des **Landestheaters** wurde nur kurz behandelt und dabei der Wunsch ausgesprochen, die Eintrittspreise zu ermäßigen und eine Reorganisation des Theaters derart durchzuführen, daß auch mit geringeren Mitteln auszukommen sei.

Der Voranschlag des Kreises Mosbach für 1926/27 sieht an Einnahmen 557 000 M. vor, während die Ausgaben auf 933 000 M. veranschlagt sind, so daß 376 000 M. ungedeckt sind. Das würde etwa 8 Pfg. vom Hundert des kreissteuerpflichtigen Kapitals ausmachen.

Die Gas-Fernversorgung Villingen-Schwenningen. In Gegenwart geladener Gäste konnte am Mittwoch in Villingen die offizielle Eröffnungsfeier der Gas-Fernleitung Villingen-Schwenningen begangen werden. Nach Begrüßung der Schwenninger Teilnehmer im Gaswerk berichtete Bürgermeister **Lehmann** in längerem Vortrag über die Geschichte des Gaswerks Villingen. An einen Rundgang durch das Villinger Gaswerk schloß sich die gemeinsame Fahrt der Festteilnehmer nach Schwenningen zu den dortigen Gaswerksanlagen an, die ebenfalls besichtigt wurden.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater Karlsruhe. Die Opernspielzeit des Bad. Landestheaters wird am Sonntag, den 11. Juli mit einer Aufführung der **Meistersinger von Nürnberg** geschlossen. Die Vorstellung findet zu ermäßigten Preisen (Sperrsitz 1. Abt. 6,40 M., statt 8,40 M.) statt und beginnt, um auch auswärtigen Besuchern die Teilnahme zu erleichtern, bereits um 5 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden herrschte gestern unverändert trübes Wetter mit zeitweiligen Regenfällen. Auch in den letzten 24 Stunden ist noch keine Änderung in der Druckverteilung eingetreten, die einen Witterungsumschlag für unser Land zur Folge haben könnte. Auf der Rückseite des nach Osten abziehenden und sich allmählich auffüllenden Tief über Deutschland ist kältere Luft eingedrungen, die bei uns mit zur Abkühlung beigetragen hat und trotz der geringen Druckdifferenzen die Ausbildung von Gewittern verhindert. Der gegen Frankreich von Südwesten vordringende Hochdruckkeil wird als Begleiterscheinung der großen ozeanischen Zyklone keinen Wetterumschlag verusachen. Daher ist auch für morgen noch Fortdauer der gegenwärtigen Witterung zu erwarten. **Prognose:** Fortdauernd trüb und regnerisch.

Kurze Nachrichten aus Baden

* **Sinsheim**, 5. Juli. Die **Postautolinie Sinsheim**-Daisbach-Waibstadt-Bahnhof Neidenstein-Epfenbach-**Reichartshausen** wurde am letzten Samstag in Anwesenheit des Präsidenten der Oberpostdirektion, Lämmlein, Vertretern des Kreisrats Heidelberg und des Bezirksamts Sinsheim feierlich eröffnet. Nach einer Bewirtung durch die Stadverwaltung Sinsheim ging mit den festlich geschmückten Postautos die Fahrt zunächst durch den schönen Wald, nach dem lieblichen Städtchen Waibstadt, wo Bürgermeister Wacker die Ankommenden begrüßte. Dann fuhr man durch das Schwarzbachtal mit der Burgruine Neidenstein. In Epfenbach fand ein festlicher Empfang statt. Weiter ging die Fahrt an wogenden Getreidefeldern und schönen Wäldern vorbei nach Reichartshausen, wobei in der Ferne die Bergkette des Odenwaldes auftauchte. Auch in Reichartshausen fand eine Begrüßung statt. In fröhlicher Stimmung wurde die Rückreise angetreten. In Epfenbach sprach Landrat **Strack** den beteiligten Gemeinden den Dank für den festlichen Empfang aus, würdigte die Verdienste der Oberpostdirektion und des Kreises und versicherte, alles zu tun, um den Fremdenverkehr im Bezirk Sinsheim und besonders des Schwarzbachtales zu heben, worauf eine Reihe weiterer Ansprachen gehalten wurden. Am Sonntag, den 4. Juli wurde die Postautolinie dem öffentlichen Verkehr übergeben.

DZ. **Pforzheim**, 7. Juli. Das **Schöffengericht** beschäftigte sich heute mit schweren **sittlichen Verfehlungen**, die der Professor Dr. Eugen **Blank** sich an Schulknaben hatte zuschulden kommen lassen. Die Verhandlung, in der die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen war, endete mit der Verurteilung des Angeklagten Dr. Blank zu einer **Zuchthausstrafe von fünf Jahren.** Vier Monate der verbüßten Untersuchungshaft wurden angerechnet. Dem Verurteilten wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Es handelt sich um 21 verschiedene Fälle. Die Zubilligung mildernder Umstände wurde abgelehnt.

DZ. **Baden-Baden**, 8. Juli. Eine **Studienkommission amerikanischer Ärzte**, ungefähr 30 Personen, ist heute Vormittag in Baden-Baden eingetroffen, wo sie bis morgen abend 6 Uhr sich aufhalten werden. Unter den Teilnehmern befinden sich mehrere, die in der medizinischen Wissenschaft hohes Ansehen genießen, so der bekannte Chirurg Fred **Albee** und der um die Erforschung der Schlafkrankheit verdiente Dr. **Seaman.** Die Amerikaner besuchten heute die staatlichen Kurinstitute. Abends findet im Kurhaus durch Vertreter des Staates und der Stadt ein offizieller Empfang statt.

DZ. **Konstanz**, 7. Juli. Der **Brand des Hochlindenhofes** bei Überlingen fand heute vor dem hiesigen **Schwurgericht** eine gerichtliche Sühne. Dieser Hof brannte in der Nacht vom 17./18. März vollständig nieder. Der 27jährige, verheiratete Verwalter des Hofes Jos. **Neugart** aus Lausheim bei Waldshut wurde wegen Brandstiftung zu **5 Jahren Zuchthaus**, der ledige Landwirt und Händler Wilh. **Dienstberger** aus Lausheim bei Waldshut, der Besitzer des Hofes, wurde zu **8 Jahren Zuchthaus** und der Bauführer **Koch** aus Lausheim auch zu **8 Jahren Zuchthaus** wegen Anstiftung verurteilt, der 27jähr. Landwirt Franz **Kornhummel**, ebenfalls aus Lausheim, wegen Mitwissenschaft zu 10 Tagen Gefängnis die er durch die Untersuchungshaft verbüßt hat. Von den Angeklagen war Neugart voll und ganz geständig. Augenscheinlich war es bei der Brandstiftung auf die Erreichung der hohen Versicherungssumme von 200 000 M. abgesehen, während der Hof den Dienstberger nur 75 000 M. gekostet hat. Er besaß diesen Hof seit dem Vorjahre. Die Verhandlungen nahmen ihren Verlauf unter ungeheurem Zudrang.

DZ. **Ludwigshafen**, 8. Juli. Dem Direktor **A. Kraus** von der J. G. Farbenindustrie 2. G. in Ludwigshafen ist in Anerkennung dafür, daß es ihm gelungen ist, in Erkenntnis der Eigenart chemische Fabrikationsprobleme die Arbeit des Maschineningenieurs den Aufgaben der chemischen Großindustrie nutzbar zu machen, von der **Technischen Hochschule in Stuttgart** die Würde eines **Doktor-Ingenieurs ehrenhalber** verliehen worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Juli Geld	9. Juli Brief	8. Juli Geld	8. Juli Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	168.90	168.45	168.87
Kopenhagen 100 Kr.	111.12	111.40	111.24	111.52
Italien . 100 L.	14.465	14.505	13.92	13.96
London . . 1 Pfd.	20.398	20.450	20.402	20.454
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	10.92	10.96	10.93	10.97
Schweiz . 100 Fr.	81.20	81.40	81.20	81.40
Wien 100 Schilling	59.305	59.445	59.30	59.44
Prag . . 100 Kr.	12.422	12.462	12.418	12.458

8prozentige Baden-Badener Stadtanleihe von 1926. Ein Konsortium, bestehend aus den Mitgliedern der Bankenvereinigung von Baden-Baden, unter Führung der Rheinischen Creditbank Filiale Baden-Baden und der Süddeutschen Discontgesellschaft Filiale Baden-Baden, hat RM. 2 000 000.— 8prozentige Baden-Badener Stadtanleihe übernommen, die zum Kurse von 96 Proz. zum freihändigen Verkauf gelangen wird.

Generalversammlung der Karl Metz & Söhne. In der Generalversammlung der Karl Metz & Söhne, A.G., Freiburg, wurden die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung genehmigt und der Reingewinn von M. 34 468 zuzüglich des Vortrages aus dem Vorjahr von M. 69 748 auf neue Rechnung vorgetragen. Über die Gründe, weshalb eine Dividende nicht zur Ausschüttung kommt, sagt der Geschäftsbericht, daß trotz aller das Ergebnis beeinträchtigenden Faktoren noch ein besseres Ergebnis hätte vorgelegt werden können, wenn nicht die ungeheure Steuerbelastung und die noch während des ganzen vorigen Jahres übermäßig hohen Zinsen für Bankkredite den Gewinn fast aufgezehrt hätten.

Kahlbaum-Schultheiß-Ostwerke. Die in **Berlin** abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlungen der drei Konzerngesellschaften J. A. G. Kahlbaum A.-G. Berlin, Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei A.-G., Ostwerke A.-G., genehmigten die Anträge der Verwaltung. Hiernach ist die Interessengemeinschaft zwischen Kahlbaum-Schultheiß und Kahlbaum-Ostwerke und der Verschmelzungsvertrag der Kahlbaumgesellschaft mit der Schultheiß-Patzenhofer Brauerei genehmigt. Nach der Höhe der Stempelkosten wird es sich richten, ob eine Vollfusion oder ein Aktienumtausch zustande kommt.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stand vom 8. Juli

Börse. Die Tendenz an der Börse war in dieser Woche ziemlichen Schwankungen unterlegen. Die großen Transaktionen der Vereinigten Stahlwerke, bisher die größten deutschen Finanzgeschäfte, ferner die Tatsache, daß im Reich eine längere politische Ruhepause eingetreten ist, führten zu einem neuen Hausseeinbruch. Die Überspannung der Tendenz brachte einen raschen Rückschlag und auch die inzwischen erfolgte Diskontermäßigung der Reichsbank konnte eine empfindliche Abschwächung an der Börse nicht verhindern.

Geldmarkt. Sofort nach Quartalsultimo hat die Reichsbank, wie längst erwartet, zum viertenmal in diesem Jahr den Reichsbankdiskont ermäßigt und zwar von 6½ auf 6 Prozent. Noch zu Beginn dieses Jahres stand der Diskont auf 9 Proz. Die Ermäßigung, die sich automatisch auf die Zinssätze des ganzen Reichs übertragen wird, wird in vielen Fällen eine Entlastung und günstige Rückwirkungen für die gesamte Wirtschaft im Gefolge haben, zumal die Banken die Habenzinsen erst herabsetzten. Die deutsche Golddiskontbank hat ihren Diskontsatz auf 5 Proz. herabgesetzt.

Produktenmarkt. Das Angbot an inländischem Getreide wird immer knapper und die Preise sind stark im Anziehen. Auch von den ausländischen Märkten wird eine festere Haltung gemeldet. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 304 (+8), Roggen 218 (+12), Wintergerste 204 (+8), Sommergerste 212 (+4), Hafer 219 (+10), Mark je pro Tonne und Weizenmehl 45 (+5½) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Im Juni hielt die Uneinheitlichkeit der Preisbewegung auf den Warenmärkten an, doch befinden sich die Preise im allgemeinen in einer langsamen Abwärtsbewegung. Niedriger waren vor allem Lebens- und Genußmittel, ferner Textilien und Leder. Namentlich die Preise für Baumwollhalb- und -Fertigfabrikate sind infolge der geringen Nachfrage und des starken Angebots beträchtlich gesunken. Die Besserung der Wirtschaftslage erhellt sich auch durch den Rückgang der Konkursziffer. So betrug im Juni die Zahl der Konkurse nur noch 913 gegenüber 1046 im Mai und die Zahl der Geschäftsaufsichten im Juni 470 gegenüber 691 im Mai.

Badisches Landestheater

Spielplan für die Zeit vom 10.—18. Juli 1926.

Samstag, 10. Juli. * F 30. Th.-Gem. 201—300, 801—900 und 1301—1400. **Das Wintermärchen.** 7½ bis gegen 10½ (5.20).

Sonntag, 11. Juli. * G 30. Letzte Vorstellung der Oper zu ermäßigten Preisen: **Die Meistersinger von Nürnberg.** 5 bis nach 10 (6.40).

Montag, 12. Juli. * Volksbühne 11. **Romeo und Julia.** 7½ bis geg. 11 (5.20). Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 13. Juli. * C 30. Th.-Gem. 701—800 und 1101 bis 1200. **Donna Diana.** 7½ bis 9½ (5.20).

Mittwoch, 14. Juli. * Th.-Gem. I. S.-Gr. Abschiedsvorstellung für Martha Moeller: **Maria Stuart.** 7 bis nach 10½ (5.20).

Donnerstag, 15. Juli. * Volksbühne 11. **Romeo und Julia.** 7½ bis 10¾ (5.20). Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Freitag, 16. Juli. * Th.-Gem. 1201—1300. Abschiedsvorstellung für Midi Scheinpflug: **Romeo und Julia** (V.B. 11). 7½ bis 10¾ (5.20). Es stehen Plätze in allen Preisgattungen zur Verfügung.

Samstag, 17. Juli. * Vorstellung im Schülerabonnement: **Das Wintermärchen.** 6½ bis gegen 9½ (5.20). Eine beschränkte Anzahl von Plätzen stehen für den allgemeinen Verkauf zur Verfügung.

Sonntag, 18. Juli. * D 30. Th.-Gem. III. S.-Gr. **Der Bauer als Millionär.** (Letzte Vorstellung der Spielzeit.) 7 bis 9¾ (5.20).

In den Preisen sind das Programmheft und die Sozialabgabe inbegriffen.

Erste Vorstellungen der nächsten Spielzeit: Oper: Donnerstag, den 16. September 1926. In neuer Einstudierung und neuer Ausstattung: **Die Zauberflöte.** Oper von W. A. Mozart. **Schauspiel:** Freitag, den 17. September 1926. In neuer Einstudierung: **Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.** Trauerspiel von Schiller.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 10. Juli, nachm. 3½—5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag, den 12. Juli. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung (9—1, 4—6 Uhr) in der Geschäftsstelle.

Kartenverkauf: Vorverkaufskasse des Landestheaters, Fernsprecher 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Fritz Müller, Musikalienhandlung, Ecke Kaiser- und Waldstr., Reisebüro H. Meyle, Kaiserstr. 141; weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bücheranzeigen

Das Buch vom Tennis. Von **Oskar Kreuzer.** Bearbeitet unter Mitwirkung von Dr. R. Gros. Mit einem Geleitwort von Otto Froitzheim und einem Beitrag „Von unseres Sportes Werdegang" von Dr. Hans O. Simon. 2. Auflage. Mit 33 Abbildungen. (B. G. Teubner in Leipzig). — „Das Buch vom Tennis" hat bei seinem ersten Erscheinen eine überaus günstige Aufnahme gefunden, so daß die Ausgabe der 2. Auflage als verheißungsvoller Auftakt für die Saison seitens der Tennisspieler gewiß lebhaft begrüßt werden wird; denn es bietet tatsächlich für Anfänger als für Fortgeschrittene und Turnierspieler eine grundlegende Darstellung, wie sie in so vollendeter Anschaulichkeit und Klarheit eben nur so erfahrenen Theoretikern und Praktikern, wie es die Verfasser sind, möglich ist.

Staatsanzeiger

Errichtung einer Apotheke in Karlsruhe-Daxlanden.

Die Berechtigung zum Betrieb einer neu zu errichtenden Apotheke in Karlsruhe-Daxlanden (in dem Stadtteil westlich der Rappenwörthstraße) wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Bewerbungsgesuche sind binnen 4 Wochen schriftlich hierher einzureichen.

Dem Gesuche sind beizufügen (geheftet):

1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse,
2. Geburtszeugnis,
3. Staatsangehörigkeitsausweis,
4. Approbationsurkunde,
5. Zeugnisse über den etwa geleisteten Militärdienst,
6. Amtlich bestätigte Zeugnisse über die bisherige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung,
7. Polizeiliche Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchen der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war,
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung,
9. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.

Karlsruhe, den 3. Juli 1926.

Der Minister des Innern
J. A.: Rein

Bekanntmachung
Die staatstierärztliche Dienstprüfung.

Diejenigen Tierärzte, welche sich der diesjährigen staatstierärztlichen Dienstprüfung unterziehen wollen, haben ihre Gesuche mit den nach § 2 der Verordnung vom 17. Mai 1900 erforderlichen Nachweisen (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 769) spätestens bis zum 1. September 1926 anher einzureichen.

Karlsruhe, den 5. Juli 1926.

Der Minister des Innern
Remmele

Nr. B 13 236. **Mädchenrealschule der Stadt Lörrach.**

Mit Beginn des Schuljahres 1926/27 ist die Mädchenbürgerschule in Lörrach in eine sechsklassige Mädchenrealschule umgewandelt worden. Die Anstalt führt von diesem Zeitpunkt an die Benennung „Mädchenrealschule".

Gemäß § 10 der Landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909, die Einrichtung der Höh. Lehranstalten betr. wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 3. Juli 1926.

Der Minister des Kultus und Unterrichts.
J. V.: Dr. Schmitt.

Mit Wirkung vom Beginn des Schuljahres 1926/27 ab ist die Realanstalt in Mosbach unter gleichzeitiger Angliederung einer gymnasialen Abteilung zu einer neunklassigen Vollanstalt ausgebaut worden. Die Anstalt führt von diesem Zeitpunkt an die Benennung „Realgymnasium mit gymnasialer Abteilung".

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:

Oberrevisor Karl Werner in Heidelberg zum Bezirksamt Karlsruhe.

Type
Fabriknummer
Anzahl der PS

Das ist,
neben dem vielen
neuen Anschriftenmaterial
durch Neuerwerbungen oder Uebergang in anderen Besitz,
eine wichtige und wertvolle

Ergänzung

der neuen Ausgabe Juni 1926 des

IVB

Adreßbuch der Kraftfahrzeugbesitzer Badens 1926
Preis Mk. 6.—

Die Angaben stammen von den Bezirksämtern und Polizeidirektionen des ganzen badischen Landes. Die Zusammenstellung des Materials wurde mit größter Sorgfältigkeit vorgenommenen und alle in der ersten Ausgabe vorhandenen falschen Angaben berichtigt. So ist dieses neue Nachschlagewerk durch seine große Zuverlässigkeit neben dem Gebrauch **durch Behörden und Autobesitzer auch von besonderem Interesse für jeden Kaufmann zur Werbung.**

Bestellen Sie auf anhängenden Bestellschein!

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Ausschneiden und einsenden

Unterzeichneter bestellt beim VERLAG G. BRAUN in KARLSRUHE

..... **Adreßbuch der Kraftfahrzeugbesitzer Badens**
gleichzeitig Ausgabe Juni 1926

Betrag auf Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 992 — per Nachnahme.

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Ausstellung mit Modenschau
„Der Haushalt von 1926"

In der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe
vom 25. September bis 3. Oktober 1926
veranstaltet vom
Karlsruher Hausfrauenbund
— Günstige Ausstellungsbedingungen —

F.526

Anmeldungen und Anfragen an den Hausfrauenbund
Ritterstraße 7 Fernruf 200

Suche

für **Architekt** (Witwer) **Tochter** mit Vermögen, gute Hausfrau bevorzugt. Offerten unter F. 521 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

E.935. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns und Buchhändlers **Karl Vogel** in Karlsruhe wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 5. Juli 1926. **Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 8.**

E.936. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Sandalen- und Sportschuhfabrik A.-G.** in Karlsruhe ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschußmitglieder und zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Schlußtermin bestimmt auf: **Dienstag, den 27. Juli 1926, vorm. 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht, hier, II. Stock, Zimmer 139. Karlsruhe, den 5. Juli 26. **Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 5.**

Versch. Bekanntmachungen

Verlegen von 17,3 km Schwachstromkabel samt Erdarbeiten und Abbau von 17,8 km Freileitungskabel auf der Bahnlinie Schopfheim—Säckingen nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften vom 1. Juli 1924 zu vergeben. Bedingnisheft und Angebotsvordrucke bei der Bahnbauinspektion Basel und Bahnmeisterei Säckingen. Angebote sind längstens bis zum Eröffnungstermin, **Mittwoch, 14. Juli 1926, vorm. 11½ Uhr,** bei der Bahnbauinspektion Basel postfrei mit Aufschrift: „Kabelverlegung u. Leitungsbau" einzusenden. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Basel, den 5. Juli 1926. **Vorstand der Bahnbauinspektion.** E.889

Hochbauarbeiten für die Erstellung der Aufnahme- und Abortgebäude auf den 4 Stationen Bärental, Altglashütten-Falkau, Schluchsee und Seebrugg der Neubaustrecke Titisee-St. Blasien öffentlich zu vergeben. a) Verputzarbeiten, b) Glaserarbeiten, c) Fußbodenbeläge und Wandbekleidungen mit Fließen, d) Asphaltparkettböden, e) Schreinerarbeiten, f) Rolladenlieferung, g) Schlosserarbeiten, h) Installationsarbeiten, i) Maler- und Tünchererarbeiten, k) Tapezierarbeiten. Zeichnungen und Bedingnisheft liegen auf unserem Hochbaubüro Zimmer Nr. 11 ab nächster Woche jeweils Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags zur Einsicht auf, woselbst auch Angebotsformulare gegen Erstellungskosten abgegeben werden. Die Vordrucke kosten für a) 0,35 RM., b) 2.00 RM., c) 1.10 RM., d) 0.60 RM, e) 3.00 RM., f) 0.60 RM., g) 2.30 RM., h) 1.35 RM., i) 1.10 RM., k) 0.60 RM. Angebote verschlossen mit Aufschrift „Hochbauarbeiten Titisee—St. Blasien" längstens bis **Montag, den 19. Juli 1926, nachm. 4 Uhr,** bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. E.879
Neustadt i. Schw., 2. 6. 26.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bauabteilung.

Nadelnutzholz-Verkauf.

Bad. Forstamt Kirchzarten bei Freiburg i. Br. (Schwarzwaldbahn) verkauft **freihändig** aus den Staatswaldungen in Zastler, St. Wilhelm und Schmelzplatz etwa 4000 fm Langholz (meist Fichten) in 13 Losen. Auskunft und Losverzeichnisse durchs Forstamt. **Schriftliche** Angebote bis **Freitag, den 16. Juli 1926, mittags 12 Uhr,** erbeten. E.934.

Güterrechtsregister.

Mannheim. E.922
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute folgendes eingetragen: O.-Z. 499: Josef **Link,** Ingenieur, und Anna Antonia geb. Eirich in Mannheim. Vertrag vom 27. April 1926. Gütertrennung. O.-Z. 500: Gregor **Rezin,** Juwelier, und Margaretha geb. Heldt in Mannheim. Vertrag vom 13. April 1926. Gütertrennung.
Mannheim, 6. Juli 1926.
Amtsgericht F. G. 4.

Badisches Landestheater

Samstag, den 10. Juli 1926
*F 30. Th.-G. 201—300, 801—900 und 1301—1400

Das Wintermärchen
Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare
Musik von E. Humperdinck
In Szene ges. v. F. Baumbach
Musik. Leitung: Dr. Knöll

Personen:	
Leontes	Kruchen
Hermione	Ermarth
Mamillius	Herzner
Perdita	Scheinpflug
Camillo	Prüter
Antigonus	Herz
Cleomenes	Höcker
Dion	v. d. Trenck
Paulina	Frauendorfer
Emilia	Genter
Hofdamen	Clement, Bronner
Oberrichter	Kienscherf
Hofherr	Nitzl
Matrose	Brand
Kerkermeister	Schneider
Diener	Weber
Polyxenes	Lieck
Florizel	Leitgeb
Ein Schäfer	Gemmecke
Sein Sohn	Müller
Autolycus	Kloeble
Mopsa	Albrecht
Dorcas	Volkner
Knecht	Dr. Storz
Zeit als Chorus	Moeller

Anfang 7½, Ende geg. 10½.
Sperrsitz I M. 5.20
So. 11. Juli
Die Meistersinger v. Nürnberg.

Gemeinde-Sparkasse Malsch

Amt Ettlingen.

Rechnungsabschluß auf 31. Dezember 1924.

Vermögen.	RM
1. Kapitalien:	
a) Darlehen gegen Hypotheken	31 025.—
b) Staatspapiere	10.—
c) Darlehen an Gemeinden u. dgl.:	
1. auf Schuldscheine	2.—
2. auf Inhaberpapiere	9.—
d) Liegenschaftskaufschill.	8 000.—
e) Darlehen an Girokunden auf lfd. Rechnung	89 551.—
f) Darlehen an Private gegen Schuldschein	202 000.—
g) Andere Kapitalanlagen:	
1. auf Schuldschein od. laufende Rechnung	8 404.59
2. auf Inhaberpapiere	2.—
2. Einnahme-Rückstände	4 002.30
3. Kassenvorrat am Jahresschluß	7 993.16
4. Gerätschaften lt. Inventarverzeichnis	65.80
	351 064.85

Schulden.	RM
1. Kapitalschulden:	
a) Guthaben der Einleger:	
1. Spareinlagen	231 133.85
2. Giroeinlagen	70 562.81
b) Anlehenskapitalien	30 000.—
2. Ausgabe-Rückstände	—.—
3. Reines Vermögen	19 368.19
	351 064.85

Malsch, den 20. Januar 1926. E.926

Der Verwaltungsrat: Belzer. **Die Verrechnung:** Bechler.

Gemeinde-Sparkasse Willstätt

Geschäftsbericht für 1925.

Vermögen	RM
Verwaltungsgebäude	—.—
Hypotheken (inkl. Aufwertungsbeträge)	61 432.10
Kaufschillinge (Aufwertungsbetrag)	187.50
Darlehen gegen Schuldschein	38 385.—
Bankguthaben	2 209.05
Einnahmerückstände	705.56
Stückzinsen	880.24
Kassenvorrat auf 31. 12. 1925	2 094.88
Inventar	722.14
	106 616.47

Schulden		RM
Spareinlagen		40 034.75
Aufgenommene Darlehen		16 000.—
Reingewinn 1925		
An Reservefonds 1925	3 202.75	
An Reservefonds 1924	202.35	
An Aufwertungsfonds	47 176.62	50 581.72
		106 616.47

Willstätt, den 6. Juli 1926.

Der Verwaltungsrat: Reiß. **Der Geschäftsleiter:** Hetzel. E.901

Oeffentliche Sparkasse Säckingen

(Städtische Sparkasse). E.927

Bilanz per 31. Dezember 1925.

A. Vermögen.	RM
Hypotheken	213 446.—
Darlehen an Körperschaften	13 239.—
Wertpapiere	14.72
Grundstückskaufgelder	5 500.—
Lombarddarlehen	2 894.75
Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	34 684.40
Wechsel	6 871.50
Darlehen in laufender Rechnung	234 659.21
Einnahmerückstände	6 093.58
Kassenvorrat	7 555.41
Liegenschaften	15 288.98
Inventar	4 610.10
Summa	544 857.65

B. Schulden.	RM
Guthaben der Einleger	496 081.32
Rücklagen früherer Jahre	16 795.71
Pränumerando vereinnahmte Zinsen	13 000.—
Ausgaberückstände	6 868.74
Reingewinn	12 111.88
Summa	544 857.65

Konkurs.

E.916. **Lörrach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Installationsunternehmungen Markgräflerland G. m. b. H. in Weil-Leopoldshöhe ist Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über den vom Konkursverwalter gestellten Antrag auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse bestimmt auf: **Montag, den 19. Juli 1926, vormittags 11 Uhr.**

Lörrach, 3. Juli 1926. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

E.937. **Karlsruhe.** Nachdem der am 21. Juni bestätigte Zwangsvergleich im Geschäftsaufsichtsverfahren Firma **Otto Wagener,** hier, rechtskräftig geworden ist, ist die Geschäftsaufsicht gem. § 69 G.A.V.O. beendigt. Karlsruhe, den 6. Juli 1926.

Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 8.

Druck G. Braun, Karlsruhe